
Die Wiedervereinigung steht nicht auf der Tagesordnung

Wolfgang Leonhard

über die Demokratisierung der DDR*

Prof. Dr. Wolfgang Leonhard, geb. 1921, emigrierte 1935 in die Sowjetunion, von wo aus er nach dem Besuch der Komintern-Schule und der Moskauer Hochschule für Fremdsprachen im Mai 1945 als Mitglied der Gruppe Ulbricht nach Berlin zurückkehrte. Von 1945 bis 1947 war er Mitarbeiter der Abteilung Agitation und Propaganda des Zentralkomitees der SED und anschließend Dozent an der SED-Parteihochschule, bevor er im März 1949 über Jugoslawien in die Bundesrepublik (1950) flüchtete.

Zahlreiche Veröffentlichungen zur Geschichte des Sozialismus (unter anderem „Die Revolution entläßt ihre Kinder“, 1955) und langjährige Lehrtätigkeit an den Universitäten in Oxford, New York und Yale (bis 1987).

Frage: Halten Sie aufgrund Ihrer eigenen Erfahrung mit der SED und Ihrer persönlichen Kenntnisse vieler führender Funktionäre dieser Partei die SED für fähig, einen weitreichenden Reformprozeß in der DDR einzuleiten?

Antwort: Nein. Die SED-Führung ist, selbst bei umfangreichen personellen Veränderungen in den Führungsgremien, meiner Überzeugung nach nicht in der Lage, alleine einen weitgehenden Reformprozeß in der DDR einzuleiten. Dazu fehlt dieser Partei aufgrund der vierzigjährigen Vergangenheit die Glaubwürdigkeit bei der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung. Zur Einleitung der Reformen müßten möglichst schnell Konferenzen am „runden Tisch“ stattfinden - mit reformwilligen Vertretern der SED, der bisherigen Blockparteien (vor allem der LDPD), der Kirche und den Vertretern der neuen Reformbewegungen, zum Beispiel „Neues Forum“, „Demokratischer Aufbruch“, „Demokratie jetzt“ und der Sozialdemokratischen Partei der DDR (SDP). Nur eine solche gemeinsame Konferenz würde über genügend Autorität und Glaubwürdigkeit in der DDR-Bevölkerung verfügen; nur ein gemeinsam angenommenes Reformprogramm könnte auf die Unterstützung der DDR-Bevölkerung rechnen. Als Auftakt müßte ein baldiger Wahltermin für allgemeine, freie, geheime und demokratische Wahlen verkündet und müßten die entsprechenden Wahlgesetze ausgearbeitet werden. Die Wahlen sollten auf allen Ebenen stattfinden - in Gemeinden, Bezirken und für die Volkskammer.

Nach den vorliegenden Meldungen - es ist jetzt Ende November und bis zur Veröffentlichung kann sich noch manches ändern - scheint es, daß die SED-

* Die Fragen wurden Ende November 1989 beantwortet.

Führung für die Wahlen erst einen späteren Termin ins Auge faßt. Auch die demokratischen Reformbewegungen wollen keinen frühen Wahltermin, weil sie noch organisatorische Vorbereitungen benötigen. Was halten Sie von einer möglichen Verschiebung des Wahltermins?

Die SED und die etablierten Blockparteien - LDPD, Ost-CDU, Nationaldemokratische Partei und Demokratische Bauernpartei - verfügen über einen gewaltigen Organisations- und Presseapparat und haben damit einen außerordentlichen Vorsprung gegenüber den gerade erst beginnenden Reformbewegungen. Unter diesen Bedingungen mag es verständlich sein, daß die SDP und andere Reformkräfte erst ihre eigenen Organisationen aufbauen wollen und dabei eine Verschiebung der Wahlen in Kauf nehmen. Ich bedaure diese Auffassung allerdings, denn ich glaube, daß die Dynamik der Demokratisierung entscheidend ist. Bei einer friedlichen Revolution solchen Ausmaßes sollte man, wie mir scheint, sich für möglichst baldige Wahlen einsetzen und dabei gewisse organisatorische Rückstände in Kauf nehmen.

Läßt sich die gegenwärtig noch existierende führende Machtposition der SED mit den beabsichtigten freien Wahlen vereinbaren?

Nein. Der vorherrschende Machtanspruch der SED muß zumindest drastisch beschnitten, ja überwunden werden, um freie Wahlen zu ermöglichen. Dies bedeutet zunächst die offizielle Annullierung des Artikels 1 der DDR-Verfassung, in dem die führende Rolle der SED verankert ist. Zweitens ist die Überwindung der einseitigen Machtposition der SED über Armee, Polizei, Grenztruppen, Staatssicherheitsdienstorgane und ihre Betriebskampfgruppen vonnöten. Alle diese Organe müssen dem SED-Funktionärsapparat entrissen und einer zukünftig frei gewählten Volkskammer unterstellt werden. Drittens ist eine Demokratisierung *innerhalb* der SED notwendig. Dies bedeutet die Abkehr vom bürokratisch-zentralistischen System der Partei, geheime Wahlen für alle Parteigremien, ungehinderte freie Meinungsäußerung und die Ersetzung der bürokratisch-diktatorischen Funktionäre durch neue, tolerante und reformwillige Kräfte in der SED.

Sie sprechen von „reformwilligen Kräften“ innerhalb der SED. Wo sehen Sie diese Kräfte und für wie stark würden Sie sie innerhalb der SED einschätzen?

Es ist erst ein Anfang von Demokratisierung gemacht, aber schon nach den ersten Demonstrationen und Kundgebungen zeichnet sich eine deutliche Differenzierung innerhalb der SED ab - die immerhin noch etwa zwei Millionen Mitglieder zählt. Zunächst gibt es diejenigen bürokratisch-diktatorischen Kräfte in der SED, die hoffen, daß sich die Bevölkerung bald beruhigt; sie betrachten die Konzessionen und Lockerungen nur als vorübergehende Zugeständnisse und hoffen, nach der Beruhigung der Bevölkerung dann die Schrauben wieder fester anziehen zu können. Diese Kräfte im Funktionärsapparat und in der Führung halten sich jetzt zurück, dürften aber schnell in Erscheinung treten, wenn sie glauben, daß ihre Stunde wieder gekommen ist.

Zweitens gibt es SED-Funktionäre, die die Reformen tolerieren, zu flexibleren und gemäßigeren Methoden und auch zu begrenzten Konzessionen, ja sogar Reformen bereit sind, aber mit dem Ziel, das System grundsätzlich aufrecht zu erhalten und nur die Herrschaftsmethoden zu verändern. Schließlich gibt es viele SED-Mitglieder und wohl auch einige Funktionäre, die ernsthaft den Übergang vom bürokratisch-diktatorischen System der Vergangenheit zu einem humanistisch-demokratischen und pluralistischen Sozialismus erstreben und diese Entwicklung fördern wollen. Bei einer Fortsetzung der Demokratisierung in der DDR dürfte die Differenzierung der SED in unterschiedliche Richtungen noch deutlicher zutage treten. Ich könnte mir sogar — wie zuvor in Ungarn und Polen geschehen — eine Spaltung der SED in Reform-Sozialisten auf der einen, bürokratisch-diktatorische Marxisten-Leninisten alter Prägung auf der anderen Seite vorstellen.

Angenommen, es kommt zu dem an einem „runden Tisch“ verhandelten großen Reformprogramm und zu echten freien pluralistischen Wahlen. Welche Reformen würden Sie in der DDR als besonders dringlich ansehen?

Zunächst eine eindeutige juristische Festschreibung und in der Realität absolut garantierte Meinungs-, Versammlungs-, Vereinigungs-, Presse- und Medienfreiheit. Dann muß die Gleichberechtigung aller politischen Parteien und neuen demokratischen Reformvereinigungen („Neues Forum“, „Demokratischer Aufbruch“, „Demokratie jetzt“, SDP sowie die gerade gebildete Grüne Partei), die zunehmende Verselbständigung der Blockparteien, die Überwindung der FDJ-Staatsjugend und die Bildung selbständiger Jugendverbände, die Wandlung des FDGB in eine echte und unabhängige Gewerkschaft der Arbeiter und Angestellten kommen.

Im Rechtsbereich sind rechtsstaatliche Sicherungen notwendig, um die Bevölkerung von der Willkürherrschaft zu befreien, darunter die Unabhängigkeit der Gerichte, die gleichberechtigte Teilnahme der Verteidiger, die Abschaffung aller Kautschuk-Paragrafen (die lediglich der willkürlichen Unterordnung der Bevölkerung dienen), die unbeschränkte Rechtssicherheit für alle Bürger und Bürgerinnen der DDR als Voraussetzung, sich aktiv und furchtlos an dem Reform- und Demokratisierungsprozeß beteiligen zu können. Alle politischen Häftlinge müssen entlassen, und der Staatssicherheitsdienst muß unter parlamentarische Kontrolle gestellt werden.

Im Wirtschaftsbereich steht die Befreiung von den Fesseln einer bürokratisch-zentralistischen Planwirtschaft im Vordergrund, die Verselbständigung und Demokratisierung der Betriebe und Unternehmungen, die Bildung unabhängiger Genossenschaften sowie die Möglichkeit einer privatwirtschaftlichen Tätigkeit vor allem in der Landwirtschaft, im Handwerk und im Dienstleistungssektor.

Im kulturellen Bereich müßten alle in den letzten Jahrzehnten verbotenen Manuskripte und Bücher endlich frei erscheinen, und die aus der DDR vertriebenen und geflohenen Schriftsteller und Künstler die DDR ungehindert besuchen und aus ihren Werken lesen und darüber diskutieren können.

Schulen und Hochschulen müssen von einer einseitigen politischen und weltanschaulichen Ausrichtung befreit werden. Im ideologischen Bereich müßten eine freie Diskussion über alle weltanschaulichen Positionen und eine ungehinderte Tätigkeit der Religionsgemeinschaften gewährleistet werden. Schließlich - besonders wichtig - sollte eine wahrheitsgetreue Aufarbeitung der DDR-Geschichte erfolgen, eine Überwindung der vielen „weißen Flecken“ und bisherigen historischen Fälschungen, da die Wahrheit über die Vergangenheit die moralisch-ethische Voraussetzung für die Reformentwicklung in Gegenwart und Zukunft ist.

Den Wirtschaftsreformen kommt für die DDR eine zentrale Bedeutung zu. Sie halten eine umfassende Demokratisierung der Ökonomie und die Zulassung von Privatunternehmen für erforderlich. Wieweit soll dieser Öffnungsprozeß gehen? Steht an seinem Ende die Abschaffung der Planwirtschaft oder rechnen Sie eher mit einer Verbindung markt- und planwirtschaftlicher Elemente?

Bei der dringend notwendigen Wirtschaftsreform handelt es sich zunächst um eine Dezentralisierung und eine größere Selbständigkeit der Betriebe und Kombinate. Der Umfang der Planung vermindert die Zahl der bisher so störenden und schwierigen Plankennziffern, sie muß drastisch gesenkt werden. Es gilt, die Betriebe und Unternehmungen der DDR von der Bevormundung zentraler Organe zu befreien und sich anstelle der Detailplanung, die gegenwärtig erfolgt, auf die Festlegung einiger Grundpositionen zu beschränken. Hinzu kommt das Ziel, vor allem die Produktion von Konsumgütern zu steigern, bei denen momentan ein starker Mangel herrscht. Das Lohnsystem muß leistungsgerecht stärker differenziert gestaltet werden. Neben der Planung werden in zunehmendem Maße marktwirtschaftliche Elemente eingeführt werden müssen, auch wenn bisher über die Verbindung von Planung und Markt noch unterschiedliche Auffassungen bestehen. All dies wirkt sich auch auf die soziale Situation aus, auf bisher subventionierte Dinge wie etwa Mieten und Lebensmittel. Hier kann nur allmählich eine Verringerung der Subventionen erfolgen, da eine plötzliche Einstellung dieser Subventionen zu sozialer Ungerechtigkeit führen würde. Langfristig geht es darum, die Konvertibilität der DDR-Währung, das heißt die freie Umtauschbarkeit der DDR-Mark in westliche Währungen, zu erreichen. Aber dies läßt sich wohl nur langfristig verwirklichen und kann erst durchgeführt werden, nachdem die DDR-Wirtschaft durch die erwähnten Reformen eine hohe Leistungsfähigkeit erreicht hat.

Würde eine Demokratisierung der Wirtschaft nicht auch die Tätigkeit der Gewerkschaften in der DDR von Grund auf verändern ?

Selbstverständlich. Der gegenwärtige Zustand des FDGB (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund) als ein Instrument der SED, ein Instrument der Staats- und Wirtschaftsbürokratie, muß drastisch verändert, ja total gebrochen werden. Da geht es um den Übergang zu einer wirklich unabhängigen Gewerk-

schaft der Arbeiter und Angestellten, also sowohl um eine Befreiung von der Unterordnung unter die SED-Bürokratie als auch um eine weitreichende innere Demokratisierung und schließlich um eine veränderte Zielsetzung, nämlich den eindeutigen Eintritt für die sozialen und wirtschaftlichen Interessen der Arbeitnehmer. Der bevorstehende außerordentliche Kongreß des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes soll die dazu entscheidenden Veränderungen einleiten. Es ist ganz eindeutig, daß der FDGB nur durch eine totale Veränderung seiner Zielsetzung und durch eine innere Demokratisierung und Befreiung von der Bevormundung durch die SED wieder das Vertrauen der Arbeiter und Angestellten gewinnen kann. Jeder Versuch, dies in irgendeiner Weise zu bremsen, wird unweigerlich - ähnlich wie bereits in Polen, in der Sowjetunion und in Ungarn - zur Bildung unabhängiger Gewerkschaften führen. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird beides geschehen, nämlich eine völlige Wandlung des FDGB bei gleichzeitiger Bildung neuer unabhängiger Gewerkschaften. Dies würde den Pluralismus auch im gewerkschaftlichen Bereich enthalten.

Wie weit haben sowjetische Reformen die Entwicklung der DDR beeinflußt?

Bis zur Ernennung Gorbatschows am 11. März 1985 war die Sowjetunion die Bastion für die bürokratisch-diktatorische Herrschaft Honeckers. Nach der Ernennung Gorbatschows und dem Beginn der sowjetischen Reformen im Frühjahr 1985 begann sich dies zu ändern. Die Offenheit der Massenmedien, die freien Diskussionen, die Bildung informeller Gruppen, ja Volksfronten mit Massendemonstrationen, die Herausgabe von bis dahin verbotenen Büchern in riesigen Auflagen, die weitreichende Vergangenheitsbewältigung, die Mehrkandidatenwahlen und die stürmischen Debatten im Kongreß der Volksdeputierten und im Obersten Sowjet, die großen Streiks, die nicht niedergeknüppelt, sondern mit deren Repräsentanten verhandelt wurde - all dies wurde von der DDR-Bevölkerung mit Interesse und Anteilnahme registriert. Die sowjetischen Reformen haben das Streben nach Glasnost und Perestroika in der DDR zweifellos beflügelt.

Um so bedrückender mußten es die DDR-Bürger empfinden, daß die Honecker-Führung die DDR von den Reformprozessen in der Sowjetunion, in Polen und Ungarn immer mehr abschottete. Vielen Menschen in der DDR blieb nicht unbekannt, daß wichtige kritische sowjetische Bücher (darunter etwa Anatol Rybakow „Die Kinder vom Arbat“, und die Bücher von Andrej Sacharow, Roy Medwedjew und Solschenyzin) in der DDR verboten waren, mehrere Ausgaben der sowjetischen außenpolitischen Zeitschrift „Nowoje Wremja“ (deutsche Ausgabe „Neue Zeit“) nicht vertrieben werden durften. Das Verbot der Ausgabe 10/1988 des „Sputnik“ hat die Empörung über die Abschottung noch verstärkt. Es war und blieb den DDR-Bürgern nicht unbekannt, daß aufwühlende kritische Sowjetfilme wie „Die Reue“ sowie sowjetische Fernsehfilme in der DDR nicht gezeigt werden durften. Die Beflügelung durch die Glasnost und die sowjetischen Reformen auf der einen und der Abschottungskurs der Honecker-Führung in der DDR auf der anderen Seite

haben zweifellos das Reformbestreben der DDR-Bevölkerung drastisch verstärkt.

Und die unmittelbaren Aspekte der Ablösung Erich Honeckers? Wie weit hat da die sowjetische Führung mitgewirkt?

Nach meiner Auffassung nur indirekt. Noch vor den 40-Jahr-Feiern am 7. Oktober war das sowjetische Politbüromitglied Jegor Ligatschow, der in der Sowjetunion zu den „Bremsern“ zählt, nach Ost-Berlin gekommen. Aber selbst in der Umgebung Ligatschows scheint es manche sowjetische Funktionäre gegeben zu haben, die über den Abschottungskurs Erich Honeckers nicht sehr glücklich waren. Bei dem entscheidenden Besuch von Michail Gorbatschow zum 40. Jahrestag der DDR am 7. Oktober 1989 scheint sich der sowjetische Parteichef jeder direkten Einmischung enthalten zu haben, aber er hat durch seine Interviews, darunter auch durch die berühmte Erklärung „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben“, indirekt seine Hoffnung auf Reformen und Liberalisierung in der DDR zum Ausdruck gebracht.

Wichtig scheint dabei vor allem der eindeutige Hinweis aus den Reihen der sowjetischen Delegation gewesen zu sein, daß die sowjetischen Truppen in der DDR sich aus allen innenpolitischen Veränderungen heraushalten werden und damit nicht für die Unterstützung des Honecker-Regimes zur Verfügung stehen. Damit erfolgte zumindest indirekt eine Stärkung jener Kräfte, die bereits damals eine flexiblere Politik, ja vielleicht sogar Reformen im Auge hatten. Bei aller Bedeutung dieser indirekten sowjetischen Einwirkung würde ich dennoch annehmen, daß der Druck von unten, das Auftreten der Bevölkerung der DDR, entscheidend gewesen ist.

Wie bewerten Sie bei diesen inneren Faktoren den Flüchtlingsstrom, der im September und Anfang Oktober sprunghaft anstieg? Wie bewerten Sie den Unterschied, ja vielleicht sogar Gegensatz zwischen den DDR-Flüchtlingen, das heißt den Übersiedlern in die Bundesrepublik, auf der einen und den aktiven Bürgern, die in der DDR für Reformen, Pluralismus und demokratische Freiheiten demonstrieren, auf der anderen Seite?

Ich würde einen solchen Gegensatz nicht sehen, sondern im Gegenteil den engen Zusammenhang betonen. Der Druck von unten machte sich zunächst durch das rasche riesige Ansteigen der Flüchtlinge, also der Übersiedler aus der DDR bemerkbar. Der unglaublich schnell anschwellende Flüchtlingsstrom war von außerordentlicher Bedeutung, denn er spielte sich vor den Augen der Öffentlichkeit der ganzen Welt ab, die der DDR zuvor nie so viel Aufmerksamkeit gewidmet hatte. In der ganzen Welt wurde klar, daß es sich bei den Übersiedlern um junge, gut ausgebildete und für DDR-Verhältnisse sogar gut situierte Menschen handelte, die bereit waren, alles aufzugeben, weil sie keine Hoffnungen mehr auf Reformen in der DDR hatten und in der Übersiedlung in die Bundesrepublik den einzigen Ausweg sahen. Die Tatsache, daß die ungarischen Behörden den Übersiedlern so tatkräftig behilflich waren, spielte dabei eine wesentliche Rolle. Der Flüchtlingsstrom aus der

DDR führte zu einer allgemeinen Diskreditierung des SED-Regimes und der Honecker-Führung. Gerade diese Diskreditierung des Regimes war die psychologische Vorbereitung für die großen Massendemonstrationen in allen Städten der DDR mit der Losung „Wir sind das Volk“ und der Forderung nach dem Sturz Honeckers, nach freien Wahlen, demokratischen Freiheiten und Menschenrechten.

Was könnte Ihrer Meinung nach die Bundesrepublik beziehungsweise könnten Politiker oder Institutionen dieser Bundesrepublik tun, um den Reformprozeß in der DDR nachhaltig zu unterstützen?

Dringend scheint mir zunächst die Aufwertung der demokratischen Reformströmungen in der DDR (bedauerlicherweise von einigen bundesrepublikanischen Journalisten immer noch als „Oppositionsgruppen“ bezeichnet) durch offizielle Besuche von namhaften Politikern, gewählten Bundestags- oder Landtagsabgeordneten. Darüber hinaus geht es um direkte Kontakte der demokratischen Parteien und Organisationen der Bundesrepublik mit den neuen Strömungen in der DDR („Neues Forum“, „Demokratischer Aufbruch“, „Demokratie jetzt“ und SDP), sowie, falls von diesen erwünscht, die Bereitschaft, ihnen praktisch behilflich zu sein (Kopiergeräte, Schreibmaschinen, Telefon-Installationen, Druckmaschinen und so weiter), damit diese bei den bevorstehenden Wahlen gegenüber der SED und den etablierten Blockparteien nicht allzu benachteiligt sind.

Zweitens wären ökonomische Hilfeleistungen der Bundesrepublik angebracht und zwar solche, die direkt und unmittelbar den DDR-Bürgern zugute kommen, wie etwa die Unterstützung der DDR-Krankenhäuser durch Ärzte und medizinisches Personal oder die Hilfeleistung zur Überwindung des katastrophalen Nahverkehrs in den DDR-Städten durch Belieferung mit Autobussen und anderen Transportmitteln.

Drittens - und das wurde bisher in der bundesrepublikanischen Diskussion überhaupt noch nicht erwähnt - wäre, sobald die Zensur eindeutig überwunden ist, eine großzügige Belieferung von DDR-Bibliotheken mit Büchern, die in der DDR in den vergangenen 40 Jahren verboten waren, wünschenswert.

Je weiter der Demokratisierungsprozeß in der DDR fortschreitet - vor allem, wenn er einen Punkt erreicht, an dem er unumkehrbar ist -, um so mehr könnten dann noch zusätzliche weitreichendere Formen ökonomischer Zusammenarbeit gefunden werden.

Durch den DDR-Reformprozeß steht auch die deutsche Frage erneut im Mittelpunkt der Diskussion. Welche Chancen sehen Sie für eine weitere Annäherung der beiden deutschen Staaten?

Je weitreichender und abgesicherter der demokratische Reformprozeß in der DDR voranschreitet, um so größer sind die Möglichkeiten einer deutsch-deutschen Zusammenarbeit. Dazu würden unter anderem der freie Vertrieb von Büchern, Zeitungen und Zeitschriften in beiden deutschen Staaten und

gemeinsame Rundfunk- und Fernsehsendungen gehören. Die bisher abgeschlossenen Städtepartnerschaften, die bis zur Ablösung von Honecker oft nur eine symbolische Bedeutung hatten und nicht selten lediglich den Besuchen von Funktionären dienten, könnten nun zu weitreichenden direkten Kontakten zwischen Bürgern der Bundesrepublik und der DDR führen. Eine neue Dimension würden auch die Beziehungen zwischen dem Bundestag und der Volkskammer erfahren, sobald diese aus einer Ja-Sager-Maschine zu einem echten, frei gewählten Parlament geworden ist. Ein zunehmender Reformprozeß in der DDR würde die Zusammenarbeit im Bereich des Umweltschutzes, der Wirtschaft, der Forschung, Wissenschaft und Kultur erweitern, gemeinsame Kommissionen zum Erfahrungsaustausch und zur Zusammenarbeit könnten intensiviert werden.

Sehen Sie bei einer Fortsetzung des Reformkurses in der DDR eine zunehmende Angleichung an die Bundesrepublik oder würden Sie die eigenständigen Akzente für wichtig erachten?

Sicher werden viele frühere Vorurteile und Barrieren gegenüber der Bundesrepublik überwunden, und es werden sich eine Vielzahl von Möglichkeiten der Zusammenarbeit entwickeln. Aber eine Demokratisierung in der DDR wird sich, wie mir scheint, in eigenständiger Form verwirklichen. Nichts würde mir ferner hegen, als in Kategorien eines Anschlusses der DDR zu denken oder bundesrepublikanische Institutionen einfach auf die DDR übertragen zu wollen. Im Gegenteil, wäre es für mich eine besondere Freude, wenn es einer demokratisierten DDR gelingen würde, Pluralismus, demokratische Freiheiten und Menschenrechte in eigenständiger Form und auf selbständige Art zu verwirklichen. Die DDR-Reformer werden, so meine ich, aus den Reform-Erfahrungen in der Sowjetunion, Polen und Ungarn, aber auch aus der Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland manches lernen können; sie werden aber wohl nur das übernehmen, was ihnen, ausgehend von den eigenen Traditionen und Bedingungen der DDR, am meisten entspricht.

Bedeutet die Demokratisierung der DDR das Ende des Sozialismus oder gibt es für die DDR einen dritten Weg, die Herausbildung eines demokratischen Sozialismus?

Gegenwärtig ist nur eins sicher: Der bürokratisch-diktatorische Sozialismus, in der Sowjetunion häufig als „Kasernen-Sozialismus“ bezeichnet, ist am Ende. Der Kasernen-Sozialismus war weder in der Lage, eine moderne wirtschaftlich-technologische Entwicklung zu garantieren, noch eine ausreichende Versorgung der Bevölkerung zu gewährleisten. Dieses System war weder fähig, die Menschen zu einer aktiven demokratischen Willensbildung zu motivieren, noch ihre ethisch-moralischen Wertvorstellungen zu befriedigen. Diese Form des „feudalen Sozialismus“ ist am Ende. Was wir heute erleben, ist der größte Umbruch in der Geschichte des Sozialismus.

In der DDR, in Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei gibt es viele Menschen, die die Hoffnung auf einen neuen, humanen, freiheitlichen, pluralisti-

schen, demokratischen und rechtsstaatlichen Sozialismus haben. Sie hoffen, daß es im Rahmen des Sozialismus und aufgrund sozialistischer Traditionen und Entwicklungen möglich sein wird, Pluralismus, Demokratie, Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit sowie eine sozialistische Marktwirtschaft verwirklichen zu können. Einen solchen Sozialismus hat es bisher allerdings nur einmal in Ansätzen gegeben - während des kurzfristigen Prager Frühlings vom Januar bis August 1968. Andererseits gibt es in Mittel- und Osteuropa viele Menschen, die den Sozialismus in jeder Form ablehnen; sie halten die Verwirklichung eines demokratischen pluralistischen und humanen Sozialismus für unmöglich.

Wer in dieser Frage Recht hat, kann erst die Zukunft entscheiden. Wichtig erscheint mir, daß gegenwärtig alle gemeinsam gegen die bürokratische Diktatur zusammenwirken sollten - sowohl jene, die den bisherigen bürokratisch-diktatorischen Sozialismus durch einen neuen freien Sozialismus ablösen wollen als auch jene, die eine völlige Abkehr vom Sozialismus und den Übergang zu einer sozialen Marktwirtschaft westlicher Prägung befürworten. Die bürokratisch-diktatorischen Kräfte sind immer noch so stark, daß zunächst die gemeinsame Niederrichtung dieses Systems notwendig ist. Später, unter freien, demokratischen Bedingungen, kann dann die Bevölkerung über die Fortsetzung des Weges ungehindert entscheiden.

In der westlichen Öffentlichkeit wird jetzt immer häufiger über das Thema Wiedervereinigung diskutiert. Sehen Sie den Zusammenhang zwischen der sich hoffentlich fortsetzenden Demokratisierung in der DDR und der Wiedervereinigung Deutschlands?

Ich würde mich in der Frage der Wiedervereinigung gegenwärtig zurückhalten, denn die DDR-Bürger und -Bürgerinnen haben jetzt wahrhaftig andere Sorgen. Was seit Mitte Oktober vor sich geht, ist für mich die größte friedliche Revolution in der Geschichte Deutschlands. Jede zu aufdringliche Diskussion über eine Wiedervereinigung kann zum jetzigen Zeitpunkt nur störend und hemmend wirken. Für die DDR-Bevölkerung steht eine Frage im Zentrum: die Demokratisierung der DDR. Wenn dieser Demokratisierungsprozeß einmal weit fortgeschritten und vor allem auch abgesichert ist, dann - so hoffe ich - wird es in beiden deutschen Staaten, möglichst am selben Tag, eine geheime Volksabstimmung geben. Dabei werden hoffentlich drei Möglichkeiten zur Abstimmung gestellt:

1. friedliche und gut nachbarschaftliche Zusammenarbeit zweier deutscher Staaten;
2. Konföderation der beiden deutschen Staaten;
3. Zusammenschluß zu einer einheitlichen deutschen Republik.

Nur wenn sich die Mehrheit der Bevölkerung beider deutscher Staaten für eine Wiedervereinigung aussprechen sollte, steht dieses Thema auf der Tagesordnung. Und auch dann gibt es sicher noch eine Vielzahl von Problemen zu lösen, vor allem wenn zu diesem Zeitpunkt noch beide deutschen Staaten unterschiedlichen Militärbündnissen angehören. Falls die Bevölkerung in

beiden Staaten sich für eine einheitliche deutsche Republik aussprechen sollte, dann wird dies nicht eine vergrößerte Bundesrepublik sein. Es kann sich nur um eine allmähliche Annäherung, ein allmähliches Zusammenwachsen der Bundesrepublik und der DDR handeln - und zwar in einem gemeinsamen europäischen Haus und mit Zustimmung der europäischen Nachbarn.